



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/43 - 20. Februar 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0686690

Hinweise
auf den Inhalt:

Perspektiven des Wahlkampfes	S. 1
Lateinamerika wehrt sich gegen die Diktatur	S. 3
Politische Amnestie - Gebot der Vernunft	S. 4
Ein interessanter "Borbe"-Artikel	S. 6
Lottis Mitgift?	S. 8

Spiel mit der "potentiellen Macht"

G.M. Es ist schon jetzt notwendig, die deutsche Öffentlichkeit auf den Versuch der CDU aufmerksam zu machen, ihre Propaganda auch vor dieser Bundestagswahl zu einem guten Teil mit dem Angstkomplex zu bestreiten. Angst und Furcht vor möglichen Katastrophen lösen - so sagen sich die Wahlstrategen der Kanzlerpartei - Sehnsucht nach militärischer Macht aus und schalten bei vielen Menschen den Denkprozess auf das Reaktionsvorwürgen eines hypnotisierten Kaninchens um. Da man weiss, dass ein Spiel mit Divisionszahlen angesichts der atomaren Kriegstechnik niemanden mehr berührt, geht man jetzt dazu über, den vagen Begriff der "potentiellen Macht" als Ausgangspunkt neuartiger Sicherheitsüberlegungen zu prägen. Verteidigungsminister Strauß hat davon schon in der ausserpolitischen Bundestagsdebatte am 31. Januar gesprochen. Inzwischen haben auch andere CDU-Propagandisten diese Zauberformel übernommen und gefallen sich neuerdings darin, den Bundesrepublikanern vorzugaukeln, die überdimensionale militärische Machtentfaltung werde sowohl das Problem der Sicherheit wie auch das der Wiedervereinigung Deutschlands einer Lösung näherbringen.

Die Sicherheit Deutschlands, die Sicherheit des ganzen deutschen Volkes, also auch die Sicherheit der Deutschen, die jenseits der Zonen-grenze in Unfreiheit leben, kann nur auf der Grundlage der Entspannung des nun schon seit Jahren andauernder Ost-Westkonfliktes gewährleistet werden. Jede Verschärfung dieser Spannung bringt eine zusätzliche Unsicherheit für das deutsche Volk. Wer etwa anderes behauptet, lügt.

Auch die Wiedervereinigung Deutschlands wird nur in einer - 2 -

Atmosphäre der Entspannung möglich sein. Jeder Versuch, dieses von allen Parteien als Problem Nr. 1 der deutschen Politik anerkannte Ziel der Wiedervereinigung dadurch lösen zu wollen, dass man mit dem Begriff der "potentiellen Macht" spielt, verhindert die Öffnung von Wegen, die im Interesse Deutschlands und Europas gegangen werden müssen.

Die These der CDU vor der Bundestagswahl 1953 lautete sinngemäss: Wir wollen die Bundesrepublik aufrüsten, damit wir stark werden. Erst dann wird Russland zu erfolversprechenden Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands bereit sein. Moskau versteht nur die Politik der Stärke.

Viele Wähler in der Bundesrepublik liessen sich damals von dieser simplifizierten Darstellung des Weltgeschehens hypnotisieren. Nach der gescheiterten EWG schloss sich die Bundesrepublik der NATO an und rüstet auf. Der Wiedervereinigung Deutschlands sind wir dadurch keinen Schritt näher gekommen und die Sicherheit des deutschen Volkes wurde nicht gewährleistet.

Diesen Bankrott der Politik der sogenannten Stärke will und kann die CDU natürlich nicht zugeben. Sie muss jetzt, wenn sie in etwa ihre Wähler zusammenhalten will, sich selbst übersteigern. Daher auf der einen Seite Vergrösserung des Angstkomplexes, auf der anderen Seite das Versprechen einer überdimensionalen militärischen Machtentfaltung, deren Gegenpol häufig genug in der Provokationstaktik Pankows zu finden ist.

Der Ungeist des militärischen Denkens wird dadurch zum Kriterium der Politik gemacht. Das politische Denken wird nach Möglichkeit ausgeschaltet oder verdrängt. An die Stelle des Spiels mit Divisionen tritt das Spiel mit imponierender Technik. Aber die Unglaubwürdigkeit auch dieses teuflischen Wahltricks wird sofort ersichtlich, wenn man sich darüber klar ist, dass im Falle einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa beide Seiten bereit sind, ihre atomaren Waffen einzusetzen und dass dann die Substanz Deutschlands vernichtet werden würde.

Das deutsche Volk wird nur in Sicherheit leben können, wenn es gelingt, die Politik des militärischen Denkens abzulösen durch eine Politik der sachlichen Überlegung, welche Möglichkeiten zur Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes noch gegeben sind. Die jetzige Bundesregierung hat zahlreiche dieser Möglichkeiten ausser acht gelassen. Sie hat sich seit Jahren politisch und militärisch in den Gräber des Kalten Krieges zwischen Ost und West verachanzt.

Der kalte Grabenkrieg muss beendet werden, wenn das deutsche Volk in Sicherheit, Freiheit und Frieden leben soll.

Diktatoren am Pranger

P/H. Buenos Aires

Die der Sozialistischen Internationale angeschlossenen sozialistischen Parteien Südamerikas nahmen auf einer Delegiertenkonferenz in Buenos Aires scharf Stellung gegen die Diktaturen, die noch in vielen Ländern Lateinamerikas ein brutales Gewaltregiment führen. Kuba, Santo Domingo, Guatemala und Nicaragua in Mittelamerika, Kolumbien, Venezuela und Paraguay in Südamerika werden diktatorisch unter ständiger Verletzung der demokratischen Regeln und Menschenrechte regiert. Diese Diktaturen sind auch dort nicht milder, wo sie sich der Unterstützung durch den katholischen Klerus erfreuen.

In einer ausführlichen Erklärung wiesen die Sozialisten auf die enge Verbindung dieser Diktaturen mit ausländischen Kapitalgruppen zur Ausbeutung der Bevölkerung, auf die Verweigerung des Koalitionsrechtes, die Ablehnung jeder Bodenreform zugunsten der besitzlosen Landbevölkerung hin und sprachen ihre Solidarität mit den politischen Gefangenen aus, die wegen ihres Eintretens für demokratische Rechte in den Diktatorländern eingekerkert sind.

Man beschloss, eine alle demokratischen Schichten und Kräfte umfassende Bewegung zur Bekämpfung und Beseitigung der Diktaturen ins Leben zu rufen. Im August dieses Jahres soll in der Hauptstadt Chiles, in Santiago, eine Konferenz aller demokratischen und sozialistischen Parteien Lateinamerikas stattfinden, die bereit sind, einen gemeinsamen Kampf gegen die Diktaturen zu führen. Die Konferenz soll sich weiter mit der Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integrierung der lateinamerikanischen Staaten befassen. Im Anschluss an diese Konferenz soll auf einer Tagung der Wirtschaftssachverständigen der sozialistischen Parteien ein sozialistisches Wirtschaftsprogramm für die lateinamerikanische Welt entworfen werden und in einer gleichzeitigen Tagung des Ratgebenden Ausschusses des Sekretariats der Sozialistischen Internationale für Lateinamerika werden die imperialistischen Einflüsse und Bewegungen in Lateinamerika aufgezeigt werden.

Diesen Bemühungen, der vielfach gespaltelten und nicht immer klaren sozialistischen und demokratischen Bewegung in Lateinamerika einen Aufschwung zu geben, verdienen umso mehr Beachtung, als mit dem Sturz Perons in Argentinien und der Ausschaltung der persönlichen Herrschaft von Getulio Vargas in Brasilien die Sozialisten in diesen beiden größten Ländern des Kontinents neue, freie Arbeitsmöglichkeiten erhalten haben.

Bemerkenswert ist auch, dass der Vertreter der Freien Gewerkschaftsinternationale und deren amerikanischen Regionalorganisation, der ORIT für Argentinien, Malavé Villalba, an der Tagung in Buenos Aires teilnahm. Sollte es im August in Santiago zu einer Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien und der freien Gewerkschaften in der Bekämpfung der lateinamerikanischen Diktaturen kommen, so würde den letzteren eine organisierte Gegnerschaft entgegenstehen, die umso mehr Aussicht auf Erfolg hat, als sie auch die kapitalistischen Hintermänner der Diktatoren außerhalb Lateinamerikas wirksam bekämpfen könnten.

Blind und paragraphenselig

K.J. Seltsame Autoritätsvorstellungen erlauben unserem christlichdemokratischen Bundesinnenminister Schröder bekanntlich nicht den Erlass eines Amnestiegesetzes für politische Häftlinge: die Leute seien ordnungsgemäss verurteilt und es gäbe überhaupt keinen Anlass, sie zu begnadigen. Um die politische Blindheit zu vervollständigen, hat nun auch eine Mehrheit im Rechtsausschuss des Bundestages den Entwurf eines Amnestiegesetzes abgelehnt.

Diese Haltung ist politisch ebenso dumm, wie sie menschlich nicht verantwortet werden kann. Will man denn einfach nicht begreifen, dass in der Zone 9 000 politische Häftlinge darauf warten, dass endlich auch Bonn einmal Konzessionen in diesem traurigsten Kapitel des Kalten Krieges macht? Die Pankower Propaganda lobt weithin von den paar Dutzend eingesperrter Kommunisten, die ihnen ständig Wasser auf die Agitationsmühle liefern und der "Beweis" für den simulierten "Zuchthausstaat Westdeutschland" sind. Wir wissen, dass Pankow der Bundesrepublik nicht das Wasser reichen kann - aber genügt auf die Dauer der Hinweis, die andere Seite möchte sich gefälligst erst einmal den Balken aus dem eigenen Auge reißen, bevor sie vor unseren Gefängnistüren kehrt? Man kann dem SED-Regime nicht einmal guten Gewissens den Vorwurf machen, überhaupt nichts getan zu haben, die Atmosphäre durch Entlassungen und Amnestien einigermassen zu verbessern: für mehrere tausend hat sich im vergangenen Jahr das Zuchthaus geöffnet. Dass eben längst nicht alle politischen Häftlinge freigelassen worden sind, dass täglich neue Verhaftungen erfolgen, steht auf einem anderen Blatt.

Natürlich kann niemand sagen: werden die paar Dutzend Kommunisten bei uns amnestiert, dann schickt Pankow seine 9 000 politischen Häftlinge nach Hause. Diese Spekulation wäre töricht, denn die Diktatur kann nicht ohne Terror leben. Zweifellos aber würden auch die SED-Machthaber westdeutschen Konzessionen irgendwie Rechnung tragen ^{müssen}. Abgesehen davon, dass sie genug solcher Möglichkeiten in Aussicht gestellt haben, gibt es Beweise dafür. Das ist einer: Pankow

hat dem Deutschen Roten Kreuz mitgeteilt, die Häftlinge drüben könnten sofort wieder die Erlaubnis zum Paketempfang erhalten, wenn auch die verurteilten Kommunisten bei uns dasselbe Recht bekämen. Diese Offerte stiess beim Bundesministerium auf eisige Ablehnung. Grundsätzlich wäre jedem Strafgefangenen der Paketempfang verboten - für die paar Kommunisten könne man keine Ausnahme machen. Im gleichen Atemzuge aber beklagt man bei der Koalition seit Jahr und Tag die armen Gefangenen, die in den Zuchthäusern der Zone bitterste Not leiden müssen. Um eines törichten Paragraphen-Prestiges willen, das man wahrlich im Hinblick auf das Häuflein eingesperrter Kommunisten bei uns durchbrechen könnte, müssen 9 000 Häftlinge in der Zone weiter hungern. Herrn Schröder machen nicht nur antiquierte Autoritätsvorstellungen blind, bürokratische Kurzsichtigkeit versperrt auch die spottbillig zu erkaufenden Erleichterungen für die Häftlinge drüben. Die ungeschriebenen Gesetze politischer Klugheit und schlichter Menschlichkeit ersticken im Dschungel doktrinärer Justizseligkeit.

Gefährden Lebensmittelpakete für ein paar kommunistische Häftlinge hier den Bestand der Bundesrepublik? Einen demokratischen Staat steht diese Engherzigkeit noch schlechter zu Gesicht als die sture Annerstieverweigerung.

Inzwischen hat der sozialdemokratische Bürgerschafts-Präsident von Bremen, Hagedorn, in einem Schreiben an sämtliche Landtagspräsidenten empfohlen, politische Straftaten auf Länderebene zu amnestieren. Verfassungsrechtliche Bedenken stehen dem nicht gegenüber - obwohl es schlimm genug ist, dass man eine Frage von solch entscheidender Bedeutung über die Hintertreppe der Länderparlamente führen muss. Was anderes aber bleibt übrig, wenn in Bonn der Hauptausgang für die politische Vernunft versperrt bleibt? Der Bremer Bürgerschafts-Präsident hat sich mit seinem Vorschlag freilich den Zorn der CDU-Prominenz zugezogen. Er dürfte wohl gemeint sein, wenn der "Rheinische Merkur" sein Kollektivurteil über "...die paar Senatoren" fällt, "die seit jeher ihr politisches Repertoire mit der Rolle des enfant terrible bestritten haben".

Wir meinen, die "schrecklichen Kinder" sitzen im Bundesinnenministerium, denen selbst harmlose Lebensmittelpäckchen für Kommunisten den Rechtsstaat in die Luft sprengen.

Über Lenin hinaus

Aus Anlass des 33. Todestages von Lenin, veröffentlichte die "Borba", Belgrad, einen von Funisa Perovic gezeichneter Artikel, von dem jetzt behauptet wird, dass er Marschall Tito selbst zum Verfasser hat. Dieser Artikel gewinnt an Bedeutung, wenn man weiss, dass die kommunistische Partei der Sowjetunion vor einigen Wochen versucht hat, erneut mit der kommunistischen Partei Jugoslawiens sogenannte "ideologische Kontakte" aufzunehmen.

Ein grosser Teil des "Borba"-Artikels enthält heftige Angriffe gegen den "Stalinismus" und widerlegt alle in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte über eine angebliche "Re-Stalinisierung" in Jugoslawien. Wörtlich heisst es: "In der Tat stellt Stalins Verhältnis zum Leninismus ein besonderes Kapitel in der Geschichte der Verdrehung und Dogmatisierung der Werke Lenins und damit auch des Marxismus-Leninismus in seiner Gesamtheit dar. Diese Verdrehung und Dogmatisierung des Lenin'schen Werkes begann praktisch bereits am Tage nach Lenins Tod, als Stalin daranging, in seinen bekannten "Grundlagen des Leninismus" die Lenin'sche Lehre darzustellen, wobei er sich die Aufgabe stellte, "Lenins Weltanschauung" darzustellen und sich dazu der absurden These bediente, Lenins Weltanschauung und die Grundlagen des Leninismus sind nach ihrem Umfang nicht ein und dasselbe".

Die endgültige Absage an Stalin erfolgt gleich im nächsten Absatz: "Heute wird häufig gesagt, Stalin sei "dennoch" ein grosser Marxist. Ich will auf diese Frage nicht eingehen, denn die Geschichte wird "dennoch" ihr Urteil fällen über Stalins "Beitrag zum Marxismus"; es muss aber betont werden, dass sich Stalins Einstellung zum Marxismus in seiner Einstellung zum Leninismus deutlich gezeigt hat. Dabei hat er bewiesen, dass er nicht begriffen hatte oder nicht begreifen sollte, dass sich der Leninismus nicht von "Lenins Weltanschauung", also vom Marxismus, trennen lässt."

An einer anderen Stelle heisst es: "Stalins Absicht ist klar, er will den Leninismus in Gegensatz zum Marxismus bringen, ihn von Marxismus trennen und ihn als eine mehr oder weniger selbständige Lehre hinstellen, damit er dann leichter dazu übergehen kann, ihn zu

dognatisieren und zu missbrauchen.

Soweit die "Borba" zum "Stalinismus". Das eigentlich Bedeutsame an dem Artikel ist aber, dass sein Verfasser nicht nur Stalin zu einem Zeitpunkt desavouiert, da Chruschtschow erklärt, er, Stalin, sei "doch nicht so schlecht gewesen", sondern auch über Lenin hinausgeht. Nach einem Hinweis auf den Versuch Moskaus, mit der Losung "Zurück zum Leninismus" in der internationalen Arbeiterbewegung wieder Boden zu gewinnen, wird gesagt: "Hier verbirgt sich jedoch auch eine neue Gefahr, die erneute und den heutigen Verhältnissen angepasste Dognatisierung Lenins. Die Furcht vor dieser Gefahr, die sich nach dem XX. Kongress erst ahnen liess, fand in der jüngsten Entwicklung der Ereignisse ihre erneute Bestätigung. Worum geht es? Seit Lenins Tod sind über dreissig Jahre vergangen, und über dreissig Jahre liegt auch zurück, dass er einige Aufgaben für das Proletariat seines Landes und auch einige allgemeine Aufgaben der Arbeiterbewegung formulierte. Seit der Zeit, zu der Lenin lebte, sind also viele Jahre vergangen. In dieser Zeit haben sich viele Änderungen von weltgeschichtlicher Tragweite ereignet, Änderungen, die die Struktur der Verhältnisse innerhalb einzelner Völker wie auch innerhalb ihrer Gemeinschaften wesentlich beeinflusst haben".

Mit vernichtender Deutlichkeit stellt die "Borba" die unterschiedliche Gedankenwelt der jugoslawischen und russischen Kommunisten dar. "Wir wären unendlich naiv gewesen, hätten wir uns an jede Lenin'sche Äusserung, an jede Bewertung des flüchtigen Augenblicks gehalten, die damals berechtigt war, deren Anwendung auf die heute völlig andersartigen Bedingungen aber nicht entspricht "... "Willi man Zustände und Verhältnisse im modernen Kapitalismus erläutern, dann geht man (in Moskau) nicht über die Analysen und Schlussfolgerungen hinaus, zu denen Lenin in seinem bekannten Werk "Der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus" gelangt ist, obgleich schon vierzig Jahre vergangen sind, seit Lenin sein Buch schrieb, obgleich sich in dieser Zeit auch Ereignisse und Veränderungen von solcher Tiefe und Bedeutung vollzogen haben, wie sie keine frühere Epoche kennt. Damit ist nicht gesagt, dass Lenins Entdeckungen falsch seien, aber es erhebt sich die Frage, ob sie heute ausreichen oder ob man zu neuen Forschungen und neuen Entdeckungen weiterachreiten soll".

Abschliessend wird in dem Artikel der "Berba" noch einmal auf die Gefahr der Dogmatisierung Lenin'scher Erkenntnisse hingewiesen, wie sie Moskau jetzt den Kommunisten in der ganzen Welt aufzwingen will. Es heisst: "Diese neuesten Versuche einer Dogmatisierung Lenins verheissen jedenfalls nichts Gutes. Sie bieten einen weiteren Beweis, dass die Tendenzen zum Dogmatismus in den Reihen der kommunistischen Arbeiterparteien noch immer ziemlich stark sind und für die Entwicklung der Arbeiterbewegung keine geringe Gefahr darstellen. Auch das beweist, dass der Kampf gegen den Dogmatismus, gegen die Doktrinäre und die Sektierer als wesentliche Voraussetzung für das Erstarren und für weitere Siege des Sozialismus zu den Hauptaufgaben der fortschrittlichen sozialistischen Kräfte gehören".

+ + +

Lottis Mitgift?

Merkwürdige Kunde kommt von Paris nach Bonn. Es heisst, in Pariser Architektenkreisen sei man darüber verwundert, dass der Architekt Jacques Dupis beauftragt worden soll, die Wohnungsbau für die bei der Botschaft und der NATO tätigen Deutschen zu bauen. An sich wäre die Sache nicht aussergewöhnlich, aber man findet es auffallend, dass die auch in Frankreich üblichen Gepflogenheiten nicht beachtet wurden, wonach wenigstens in gewissem Umfange die Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften Voraussetzung für die Vergabe öffentlicher Arbeiten ist.

Zwischen Paris und dem Bonn Adenauers sind seit jeher recht enge Fäden geknüpft worden. So nicht es nicht wunder, wenn man hört, dass der Architekt Dupis ausserdem sei, mit Adenauers jüngstem Schwiegersohn, Mulhaupt, ebenfalls Architekt, zusammenzuarbeiten. In Pariser Architektenkreisen erzählt man sich, eine "einflussreiche Stelle in Bonn" habe Herr Mulhaupt, dem Garten der Lieblichstochter des Herrn Bundeskanzler, Lotti Mulhaupt, den Auftrag bereits versprochen. Für die Verwaltungsangehörigen der deutschen NATO-Mission und der diplomatischen Mission in Paris sollten etwa 70 Wohnungen gebaut werden, die einen Aufwand von mehreren Millionen Mark erfordern würden.

Wir glauben kaum, dass diese in Paris erzählte Geschichte in allen ihren Nuancen richtig ist. Wir können das natürlich nicht vorstellen, dass der Herr Bundeskanzler seiner Lieblichstochter auf diese Weise die Mitgift "anreichern" will. Aber wenn schon einmal so etwas erzählt wird, dann sollte sich ein Bundestagsbegeordneter finden, der in jeder Fragestunde des Bundestages zu klären versucht, wie dieses Gerücht in Paris entstanden sein könnte. Eine klare Antwort wäre sicher im Interesse aller Beteiligten wünschenswert.

* * *

Verantwortlich: Günter Marteschkeff